

Zur Wahrheit

Autor(en): **Muelohn, W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **20 (1918)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-749807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ZUR WAHRHEIT

Am 1. August 1917 brachten die Zeitungen folgendes Dementi:

Berlin, 1. d. (Wolff), Amtlich. Die *Times* und ihr folgend die feindlichen Korrespondenzbureaus verbreiteten Mitteilungen über den Kronrat, der in Potsdam am 5. Juli 1914 bei dem Kaiser unter Teilnahme der führenden politischen und militärischen Persönlichkeiten Deutschlands und Österreichs stattgefunden haben soll, wo der Plan zur Entfesselung des Weltkrieges entworfen worden wäre. Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, dass die Mitteilungen der *Times* in allen Einzelheiten frei erfunden sind. Es fand weder an dem genannten, noch an einem andern Tage des Monats Juli eine solche gemeinsame Beratung weder mit, noch ohne die Teilnahme des Kaisers statt. Wir stellen weiter gegenüber den Behauptungen der *Times* erneut fest, dass die deutsche Regierung sich jeder Einwirkung auf die Fassung des österreichischen Ultimatums an Serbien enthielt und dass der Inhalt des Ultimatums vor seinem Abgang der deutschen Regierung völlig unbekannt geblieben ist. Die *Times* will ihre falschen Behauptungen auf die Angaben stützen, die der Abgeordnete Kohn im Hauptausschuss des Reichstages gemacht hätte. Die Angaben des genannten Abgeordneten sind im Ausschuss von seiten der Regierung sofort als unrichtig zurückgewiesen worden.

Ich habe daraufhin sofort die unlängst bekannt gewordene Niederschrift gefertigt, die sich streng auf das mindeste beschränkt, was ich zu dieser Angelegenheit zu sagen hatte und für deutsche Parlamentarier bestimmt war, die sich der Wahrheit annehmen wollten, um durch die Wahrheit zu einer Versöhnung mit den Kriegsgegnern zu gelangen. Zwar hatte ich seit Kriegsbeginn nie aufgehört, jedermann mit diesen und anderen Vorgängen mündlich bekannt zu machen, aber ich hoffte, eine schriftlich fixierte Aussage werde vielleicht eine stärkere Wirkung haben. Da mir daran lag, dass den Deutschen der Vorteil nicht entzogen werde, sich selber aufzuklären und sich zu dem Ergebnis ihrer Untersuchung zu bekennen, habe ich jede vorherige Veröffentlichung vom Ausland aus abgelehnt. ¹⁾

Ich bringe hier den Text dieser Niederschrift, damit der Leser die dann folgende Entgegnung der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* besser würdigen kann.

„Mitte Juli 1914 hatte ich, wie des öfteren, eine Besprechung mit Dr. Helfferich, dem damaligen Direktor der Deutschen Bank in Berlin und heutigen Stellvertreter des Reichskanzlers. Die Deutsche Bank hatte eine ablehnende Haltung gegenüber einigen großen Transaktionen eingenommen (Bulgarien und Türkei), an denen die Firma Krupp aus geschäftlichen Gründen (Lieferung von Kriegsmaterial) ein lebhaftes Interesse nahm. Als einen der Gründe zur

Rechtfertigung der Haltung der Deutschen Bank nannte mir Dr. Helfferich schließlich den folgenden: Die politische Lage ist sehr bedrohlich geworden. Die Deutsche Bank muss auf jeden Fall abwarten, ehe sie sich im Ausland weiter engagiert. Die Österreicher (sic!) sind dieser Tage beim Kaiser gewesen. Wien wird in acht Tagen ein sehr scharfes, ganz kurz befristetes Ultimatum an Serbien stellen, in dem Forderungen enthalten sind, wie Bestrafung einer Reihe von Offizieren, Auflösung politischer Vereine, Strafuntersuchungen in Serbien durch Beamte der Doppelmonarchie, überhaupt eine Reihe bestimmter, sofortiger Genugtuungen verlangt werden, andernfalls Österreich-Ungarn an Serbien den Krieg erklärt.

Dr. Helfferich fügte noch hinzu, dass sich der Kaiser mit Entschiedenheit für dieses Vorgehen Österreich-Ungarns ausgesprochen habe. Er habe gesagt, dass er einen österreichisch-ungarischen Konflikt mit Serbien als eine interne Angelegenheit zwischen diesen beiden Ländern betrachte, in die er keinem andern Staate eine Einmischung erlauben werde. Wenn Russland mobil mache, dann mache er auch mobil. Bei ihm aber bedeute Mobilmachung den sofortigen Krieg. Diesmal gebe es kein Schwanken. Die Österreicher seien über diese entschlossene Haltung des Kaisers sehr befriedigt gewesen.

Als ich Dr. Helfferich daraufhin sagte, diese unheimliche Mitteilung machte meine ohnehin starken Befürchtungen eines Weltkrieges zur völligen Gewissheit, erwiderte er, es sehe jedenfalls so aus. Vielleicht überlegten sich aber Russland und Frankreich die Sache doch noch anders. Den Serben gehöre entschieden eine bleibende Lektion.

Dies war die erste Mitteilung, die ich erhielt über die Besprechung des Kaisers mit den Bundesgenossen. Ich kannte Dr. Helfferichs besonders vertrauensvolle Beziehungen zu den Persönlichkeiten, die eingeweiht sein mussten, und die Verlässlichkeit seiner Mitteilung. Deshalb unterrichtete ich nach meiner Rückkehr von Berlin unverzüglich Herrn Krupp von Bohlen und Halbach, dessen Direktorium in Essen ich damals als Mitglied angehörte; Dr. Helfferich hatte mir dies übrigens ausdrücklich erlaubt. (Es bestand damals die Absicht, ihn in den Aufsichtsrat der Firma Krupp zu nehmen.) Von Bohlen schien betroffen, dass Dr. Helfferich im Besitze solcher Kenntnisse war, machte eine abfällige Bemerkung,

dass die Leute von der Regierung doch nie ganz den Mund halten könnten, und eröffnete mir alsdann folgendes: Er sei selbst beim Kaiser dieser Tage gewesen. Der Kaiser habe auch ihm von der Besprechung mit den Österreichern und deren Ergebnis gesprochen, jedoch die Sache als so geheim bezeichnet, dass er nicht einmal gewagt haben würde, seinem Direktorium davon Mitteilung zu machen. Da ich aber einmal Bescheid wisse, könne er mir sagen, die Angaben Helfferichs seien richtig. Dieser scheine freilich noch mehr Details zu wissen, als er, Bohlen, selbst. Die Lage sei in der Tat sehr ernst. Der Kaiser habe ihm persönlich gesagt, er werde sofort den Krieg erklären, wenn Russland mobil mache. Diesmal werde man sehen, dass er nicht umfalle. Die wiederholte kaiserliche Betonung, in diesem Falle werde ihm kein Mensch wieder Unschlüssigkeit vorwerfen können, habe sogar fast komisch gewirkt.

Genau an dem mir von Helfferich bezeichneten Tage erschien denn auch das Ultimatum Wiens an Serbien. Ich war zu dieser Zeit wieder in Berlin und äußerte mich gegenüber Helfferich, dass ich Ton und Inhalt des Ultimatus geradezu ungeheuerlich fände. Dr. Helfferich aber meinte, das klinge nur in der deutschen Übersetzung so. Er habe das Ultimatum in französischer Sprache zu sehen bekommen, und da könne man es keineswegs als übertrieben empfinden. Bei dieser Gelegenheit sagte mir Helfferich auch, dass der Kaiser nur des Scheins wegen auf die Nordlandreise gegangen sei, ihr keineswegs die übliche Ausdehnung gegeben habe, sondern sich in jederzeit erreichbarer Nähe und in ständiger Verbindung halte. Nun müsse man eben sehen, was komme. Hoffentlich handelten die Österreicher, die auf eine Annahme des Ultimatus natürlich nicht rechneten, rasch, bevor die andern Mächte Zeit fänden, sich hineinzumischen. Die Deutsche Bank habe ihre Vorkehrungen schon so getroffen, dass sie auf alle Eventualitäten gerüstet sei. So habe sie das einlaufende Gold nicht mehr in den Verkehr zurückgegeben. Das lasse sich ganz unauffällig einrichten und mache Tag für Tag sehr bedeutende Beträge aus.

Als bald nach dem Wiener Ultimatum an Serbien gab die deutsche Regierung Erklärungen dahin ab, dass Österreich-Ungarn auf eigene Faust gehandelt habe, ohne Vorwissen Deutschlands. Bei dem Versuche, diese Erklärungen mit den obengenannten Vor-

gängen überhaupt vereinigen zu wollen, blieb nur etwa die Lösung, dass der Kaiser sich schon festgelegt hatte, ohne seine Regierung mitwirken zu lassen, und dass bei der Besprechung mit den Österreichern deutscherseits davon abgesehen wurde, den Wortlaut des Ultimatums zu vereinbaren. Denn dass der Inhalt des Ultimatums in Deutschland ziemlich genau bekannt war, habe ich oben gezeigt. Herr Krupp von Bohlen, mit dem ich über diese wenigstens der Wirkung nach lügnerischen deutschen Erklärungen sprach, war davon gleichfalls wenig erbaut, weil in einer so schwerwiegenden Angelegenheit Deutschland doch keine Blankovollmacht an einen Staat wie Österreich-Ungarn hätte ausstellen dürfen und es Pflicht der leitenden Staatsmänner gewesen wäre, sowohl vom Kaiser wie von den Bundesgenossen zu verlangen, dass die österreichischen Forderungen und das Ultimatum an Serbien auf das Eingehendste diskutiert und festgelegt werden und gleichzeitig das genaue Programm des weiteren Vorgehens überhaupt. Gleichviel auf welchem Standpunkt man stehe, man dürfe sich doch nicht den Österreichern in die Hände geben, sich Eventualitäten aussetzen, die man nicht vorher berechnet habe, sondern hätte an seine Verpflichtungen entsprechende Bedingungen knüpfen müssen. Kurz, Herr von Bohlen hielt die deutsche Ablehnung eines Vorwissens, falls in ihr eine Spur von Wahrheit stecke, für einen Verstoß gegen die Anfangsgründe diplomatischer Staatskunst, und stellte mir in Aussicht, er werde mit Herrn von Jagow, dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der ein besonderer Freund von ihm war, in diesem Sinne reden. Als Ergebnis dieser Besprechung teilte mir Herr von Bohlen folgendes mit: Herr von Jagow sei ihm gegenüber fest dabei geblieben, dass er an dem Wortlaut des österreichisch-ungarischen Ultimatums nicht mitgewirkt habe und dass eine solche Forderung von Deutschland überhaupt nicht erhoben worden sei. Auf den Einwand, das sei doch unbegreiflich, habe Herr von Jagow erwidert, dass er als Diplomat natürlich auch daran gedacht habe, ein solches Verlangen zu stellen. Der Kaiser habe sich aber in dem Zeitpunkte in dem Herr von Jagow mit der Angelegenheit befasst wurde und hinzugezogen wurde, schon so festgelegt gehabt, dass es für ein Vorgehen nach diplomatischem Brauch schon zu spät und nichts mehr zu machen gewesen sei. Die Situation sei so gewesen, dass man mit Verklausulierungen gar nicht mehr habe kommen können.

Schließlich habe er, Jagow, sich gedacht, die Unterlassung werde auch ein Gutes haben, nämlich den guten Eindruck, den man in St. Petersburg und Paris deutscherseits mit der Erklärung machen könne, dass man an dem Wiener Ultimatum nicht mitgearbeitet habe.“

Wie lautet nun die offizielle deutsche Antwort?

Berlin, 23. März. Sp. (Wolff). Zu der Veröffentlichung des Briefes Dr. Muehlons bemerkt die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* u. a.:

„1. Muehlon, zurzeit Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp, hatte im Juli 1914 mit dem damaligen Direktor der Deutschen Bank, Helfferich, eine Besprechung. Helfferich erklärte, dass die Deutsche Bank, mit Rücksicht auf den Mord von Serajewo und die dadurch hervorgerufene politische Lage gewisse Geschäfte mit der Firma Krupp nicht gleich abschließen könne. Auch Herr Krupp von Bohlen-Halbach wies Anfang Juli aus den gleichen Gründen auf den Ernst der Lage und die dadurch allseits gebotene Vorsorge hin. Die Erzählungen, mit denen Muehlon in seinem Brief diesen Sachverhalt ausschmückt, und deren Tendenz dahin geht, Deutschland die Schuld am Ausbruch des Krieges zuzuschreiben, werden von Helfferich und Krupp als unzutreffend und phantastisch zurückgewiesen. Die Gerüchte über einen angeblichen Kriegs- oder Kronrat oder eine Konferenz unter dem Vorsitz des Kaisers und unter der Beteiligung österreichisch-ungarischer Vertreter am Sonntag, 5. Juli entbehren der Begründung.

2. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über die durch den Mord von Serajewo geschaffene schwierige Lage wurden ausschließlich vom Reichskanzler und vom Auswärtigen Amt geführt.

3. Die Politik der kaiserlichen Regierung war in vollem Einklang mit den Intentionen des Kaisers von Anfang an auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Allerdings konnte und durfte der Friede nicht unter Preisgabe des verbündeten Österreich-Ungarn erkaufte werden.

4. Die kaiserliche Regierung ließ speziell die russische Regierung nicht im unklaren, dass die russische Mobilmachung den Krieg bedeute.

5. Innerhalb dieser durch Bündnispflicht und Selbsterhaltung gegebenen Grenzen geschah von Kaiser und Regierung bis zum letzten Augenblick das Menschenmögliche, um die Katastrophe abzuwenden. Wo die am Weltenbrand Schuldigen sitzen, hat der Suchomlinowprozess unumstößlich erwiesen.

Ich übergehe, was Helfferich und Krupp von Bohlen in diesem Dementi sagen. Wenn es einmal darauf ankommen sollte, meine Glaubwürdigkeit zu verteidigen, so glaube ich, auch vor einem unwilligen Richter bestehen zu können. Heute scheint es mir wichtiger, die übrigen Feststellungen der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* zu beleuchten.

Ad 1) Ich habe nichts gesagt von einem Kriegs- oder Kronrat oder einer Konferenz unter dem Vorsitz des Kaisers und unter Beteiligung österreichisch-ungarischer Vertreter am Sonntag, dem 5. Juli

(man beachte die Häufung), weil ich nichts darüber weiß. Was ich weiß, habe ich in meiner Niederschrift genau so ausgedrückt, wie ich es seinerzeit gehört habe, nämlich dass die Österreicher beim Kaiser (unmittelbar vor Antritt der Nordlandsreise) waren.

Ad 2) Ich habe gesagt, dass nach meinen bestimmten Informationen der Kaiser sich festgelegt und die Direktive der unseligen Politik vom Juli 1914 gegeben hat. Dass in diesem Rahmen die zuständigen Organe die Verhandlungen geführt haben, meinetwegen auch ausschließlich, mag sein.

Ad 3) Ich selbst habe den Eindruck, dass der formellen Regierung und auch dem Kaiser im letzten Grunde es lieber gewesen wäre, einen unblutigen und diplomatischen Sieg von gewaltiger Tragweite für die politischen Verhältnisse in Europa, namentlich im Osten Europas, zu erringen, abgesehen von Serbien, das auf jeden Fall bluten sollte. Mit der Kriegsgefahr erfolgreich geblufft zu haben, hätte damals dem Kaiser genügt. Es lag aber auf jeden Fall ein schwerer Fehler in der falschen Beurteilung der europäischen Lage und in dem unannehmbaren Standpunkt, den Berlin und Wien infolgedessen einnahmen. Das Verhältnis zwischen Russland und Serbien war näher als das Verhältnis zwischen bloßen politischen Verbündeten, dessen Verpflichtungen Deutschland für sich so sehr betont.

Ad 4) Die Erklärung, dass die russische Mobilmachung den Krieg bedeute, bestätigt den Kern des Inhalts meiner Niederschrift. Es ist gut und sollte versöhnlich wirken, dass dies von amtlicher Seite wieder einmal zugegeben wurde. Ich kenne kaum ein Bekenntnis von größerer Tragweite. Wer einseitig militärische Entschuldigungen finden will, kann es tun; politisch war dieser Standpunkt grotesk. Man darf auch bemerken, dass er unabhängig von Wien war und dort kaum geteilt wurde. Eben daher weil Berlin die Augen starr auf die russische Mobilmachung gerichtet hatte, kam es, dass der Kaiser an dem Tage seine Kriegserklärungen losschmetterte, an dem Wien und St. Petersburg nach langem Hängen und Würgen einig geworden waren.

Es soll gar nicht bestritten werden, dass Berlin einen Druck auf Wien ausgeübt hatte, den Faden nach St. Petersburg nicht zu zerreißen, aber in einem Zeitpunkte, der *nach* dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien und *vor* der russischen Mobilmachung liegt. Als Wien sich fügte, war es für die deutsche Auf-

fassung zu spät; die russische Mobilmachung, das Stichwort zum sofortigen Krieg, war gegeben. Wie viele Tage waren es doch, bis Wien mit seiner Kriegserklärung an Russland nachhinkte?

Ich erinnere mich wohl, welche Erregung bei leitenden Persönlichkeiten in Berlin herrschte, als Österreich-Ungarn nicht sofort nach dem Abbruch der Beziehungen über Serbien herfallen konnte. Man hatte gehofft, die überraschte Welt vor ein *fait accompli* zu stellen, ehe man verhandeln müsse und auf Grund dessen man dann leichter verhandeln könne. Man sprach von österreichischer Schlamperei, die alles gefährde; Wien aber, das an Mobilmachungen ohne Kriegsfolgen gewöhnt war, glaubte das Wort und die Kraft des großen Bruders ausnützen zu können, ohne dass dieser gleich blind zuschlagen müsse.

Ad 5) Der Suchomlinowprozess hat nichts bewiesen als höchstens einige interne Vorgänge zur Zeit der Mobilmachung in St. Petersburg. Wer den Standpunkt nicht anerkennt, dass die russische Mobilmachung den sofortigen Krieg bedeuten musste, kann die am Weltenbrand Schuldigen auch nicht in St. Petersburg sehen. Mitschuldige Personen und Umstände im weiteren Sinne gibt es freilich viele; Schuldige im engeren Sinne, wenn auch Fahrlässige, gibt es nur wenige und diese sind in Berlin und Wien zu Hause.

Was ich mir seinerzeit unter dem Eindruck der Pressemeldungen über den Suchomlinowprozess notiert habe, sei hier noch angefügt.

Über die Enthüllungen im Prozesse gegen Suchomlinow ist in der deutschen Presse ein solcher Lärm geschlagen worden, dass eine Warnung angezeigt erscheint. Nach drei Jahren Krieg sollte das deutsche Volk vorsichtig sein gegen *Narcotica* oder *Stimulantia*, die seinem überanstrengten Körper mehr als reichlich eingeflößt worden sind, und darauf achten, sich den Kopf klar und kühl zu machen. Wenn ihm jetzt vorgeredet wird, der Prozess gegen Suchomlinow habe bewiesen, dass Russland den Weltkrieg entfesselt habe, so ist dies eine Täuschung, die in normalen Zeiten auch der einfachste Verstand erkennen würde. Was wissen wir Neues? Der Zar hat am 29. Juli 1914 die Gesamtmobilmachung unterzeichnet. Am Tag darauf, als die Mobilmachung schon begonnen hatte, befahl der Zar in später Abendstunde, die Gesamtmobilmachung wieder aufzuheben, unter dem Eindruck einer Depesche des deutschen Kaisers. Diesem Befehl des Zaren wurde keine Folge gegeben, und einen weiteren Tag darauf war denn auch der Zar mit der Gesamtmobilmachung wieder einverstanden. Ist diese Kenntnis des Schwankens des Zaren von so wesentlicher Bedeutung? Würde man es in Deutschland für die Beurteilung der Schuld am Weltkriege für wesentlich halten, wenn wir erführen, ob auch der Kaiser geschwankt hat und ihm von seiner Umgebung die Entschlüsse, die wir alle kennen, aufgedrängt wurden? Nein. Im besten Falle würde nur die Person des Kaisers weniger als die wirklich

treibende Kraft guter oder böser Entschlüsse erscheinen; die allein wesentliche Tatsache, dass Deutschland in bestimmter Zeit bestimmte Entschlüsse nach außen kundgegeben hat, bliebe bestehen. So vermögen wir auch im russischen Fall nur zu sagen, dass es augenscheinlich nicht gerade der Zar persönlich gewesen ist, der auf der russischen Gesamtmobilmachung beharrt haben würde, was man sich wohl ohnehin denken konnte. An der längst bekannten Tatsache, dass Russland am 30. Juli zur allgemeinen Mobilmachung aufgerufen wurde, hat sich nichts geändert. Auch die Neuigkeit, dass der Zar den Ukas schon am 29. Juli unterzeichnet hatte, bietet nur sekundäres Interesse. Wenn der Generalstabschef an diesem Tage den allgemeinen Mobilmachungsbefehl zwar schon in der Tasche trug, aber noch keinen Gebrauch davon gemacht hatte, als er sich mit dem deutschen Militärattaché besprach, so befand sich dieser im Irrtum, als er behauptete, die allgemeine Mobilmachung sei im Lande schon im Gange, und die feierliche Erklärung des russischen Generalstabschefs war an sich richtig. Wir müssen es unentschieden lassen, ob er hätte hinzufügen sollen oder dürfen, dass die allgemeine Mobilmachung aber am nächsten Tage anheben werde.

Kurz, die neuesten Enthüllungen im Suchomlinow-Prozess bedeuten für die Beurteilung der unmittelbaren Schuld am Ausbruch des Weltkrieges nichts. Erheblich bleiben nach wie vor folgende Fragen für uns: War der deutsche Standpunkt richtig, dass der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nur diese beiden Länder angehe und Russland sich nicht einzumischen habe? Oder war die russische Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn zu rechtfertigen? War auch die Gesamtmobilmachung Russlands zu rechtfertigen, oder blieb Deutschland daraufhin kein anderer Weg, als mit einer sofortigen Kriegserklärung zu antworten? War diese Kriegserklärung an Russland im Sinne unseres Bundesgenossen Österreich-Ungarn, oder zwang uns die russische allgemeine Mobilmachung, unsere Hilfsstellung zu verlassen und lediglich zur Verteidigung eigener Interessen vorzugehen?

Maximilian Harden hat in der *Zukunft* vom 30. v. M. sich unter anderem auch mit meiner Niederschrift befasst. Unter seinen Eindrücken, die er mit gewohnter, unbeirrbarer Aufrichtigkeit äußert, scheint mir namentlich der richtig, dass ich in der Hauptsache nichts anderes gesagt habe, als was die Reichsleitung in ihrem *Weißbuch* längst zugegeben hat. Aber es wissen wenige so klar wie Harden aus den verhüllten Worten der deutschen Regierung zu lesen, weder in Deutschland noch im Ausland. Sonst wäre der Lärm unmöglich, der sich jetzt wieder erhoben hat; vielmehr wäre die öffentliche Meinung in Deutschland sicher einig mit derjenigen draußen — zum gegenseitigen Vorteil. Deshalb mag es gut sein, dass ich die ganze Angelegenheit hier nochmals dem Urteil des Lesers unterbreite habe.

W. MUEHLON

